

Linke Zeitung

ALLE MACHT DEN RÄTEN

<https://linkezeitung.de/>

Wie die NATO Mazedonien annektierte

Veröffentlicht von [LZ](#) 13. Mai 2024



von KIT KLARENBERG – www.kitklarenberg.com

Übersetzung LZ

In Mazedonien – oder Nordmazedonien, oder FYROM (Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien) – ist eine Konterrevolution im Gange. Am 8. Mai errang die Anti-NATO- und Anti-EU-Partei VMRO-DPMNE einen klaren Sieg bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen.

Gordana Siljanovska-Davkova ist nun die erste weibliche Präsidentin des kleinen Balkanlandes, die den prowestlichen Amtsinhaber **Stevo Pendarovski** von den regierenden Sozialdemokraten (SDSM) klar besiegte.

Pendarovski ist ein Liebling von EU- und US-Beamten. Sein Überraschungssieg im Jahr 2019 wurde in den Mainstream-Medien als Zeichen für die Sehnsucht der Mazedonier gewertet, endlich vollwertige Mitglieder der transatlantischen Gemeinschaft zu werden, und als Ablehnung der "antiwestlichen" Politik der VMRO-DPMNE, die sich unter anderem gegen die NATO-Mitgliedschaft wehrte. Sein Erfolg beseitigte auch das letzte Hindernis, das einem Beitritt Skopjes zum Militärbündnis noch im Wege stand – ein bitterer, schwieriger und langwieriger Prozess, dem sich ein erheblicher Teil der Bevölkerung widersetzte.



Gordana Siljanovska-Davkova

Wie Mazedonien zu diesem Punkt kam, ist außerhalb des Landes weitgehend unbekannt. Es ist eine schmutzige Geschichte von Wahleinmischungen, untergrabener Demokratie, dreisten Betrügereien, hohen Verbrechen und Vergehen sowie ausgedehnter amerikanischer und britischer Betrügereien, deren ganzes Ausmaß vielleicht nie an die Öffentlichkeit gelangt. Nun droht der scheinbar unvermeidliche Sieg von Siljanovska-Davkova nicht nur diese bössartigen Machenschaften zu kippen, sondern auch die laufenden Bemühungen des US-Imperiums, das gesamte ehemalige Jugoslawien gewaltsam in die NATO einzubinden, umzukehren.

Wie die Wahl von **Robert Fico** in der Slowakei kommt auch der Sieg der VMRO-DPMNE für Washington zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt. Überall im Westen lässt die öffentliche und staatliche Unterstützung für den Stellvertreterkrieg in der Ukraine rapide nach, während Kiew vor dem völligen Zusammenbruch der Front steht und seine Streitkräfte sich überall zurückziehen. Die Aussicht auf einen Austritt Skopjes aus der NATO könnte einen weiteren destabilisierenden Dominoeffekt auslösen. Die Frage, wie und ob das Bündnis dies verhindern kann, ist offen. Aber sie wird es zweifellos versuchen.

Abwurf von "Bomben"

Das oft wiederholte offizielle Mantra der NATO lautet, dass es den Ländern freisteht, ihre eigenen Sicherheitsvereinbarungen zu treffen. Wie die Bewohner des Balkans nur zu gut wissen, ist dies in der Praxis einfach nicht der Fall. So hat *The Grayzone* bereits früher aufgedeckt, wie Montenegro im Jahr 2017 gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung gewaltsam die Mitgliedschaft in der Allianz aufgezwungen wurde. Die Mazedonier waren für einen Beitritt etwas aufgeschlossener, obwohl es viele Jahre lang eine scheinbar unüberwindbare Hürde gab, die den Beitritt verhinderte – der Name ihres Landes.

Nach dem Zerfall Jugoslawiens bewarb sich Mazedonien um den Beitritt zu einer ganzen Reihe internationaler Organisationen und Institutionen. Athen, das befürchtete, Skopjes nationalistische Führer könnten die neu gewonnene Unabhängigkeit nutzen, um irredentistische Ansprüche auf das eigene Territorium zu erheben, setzte sich bei den Vereinten Nationen und anderen Organisationen erfolgreich dafür ein, dass Mazedonien in internationalen Gremien für immer als FYROM bezeichnet wird. Offizielle Stellen behaupteten, es gebe keine Verbindung zwischen dem modernen Staat, der von ethnischen Slawen bevölkert wird, und dem griechischen Land der Antike.

Im Jahr 2008 blockierte Griechenland jedoch den Antrag Skopjes, den NATO-Beitrittsprozess unter dem Namen EJRM zu beginnen, was ausdrücklich auf den offiziellen Namen des Landes

zurückzuführen war. Athen schlug dem Land vor, sich in Neu- oder Obermazedonien umzubenennen, bevor es einen neuen Versuch unternahm. Drei Jahre später urteilte der Internationale Gerichtshof, dass dies unangemessen und diskriminierend sei, verhinderte jedoch nicht, dass sich dies wiederholte. Sowohl das Bündnis als auch die EU beharrten darauf, dass die Frage geklärt werden müsse, bevor Beitrittsverhandlungen für eine der beiden Organisationen aufgenommen werden könnten.

Zeitgenössische Umfragen ergaben, dass 82,5 % der Mazedonier die Änderung des Landesnamens ablehnten, eine Position, die von der Regierung voll und ganz geteilt wurde. Zu dieser Zeit war die VMRO-DPMNE im Amt, die von dem Hardliner und Nationalisten **Nikola Gruevski** geführt wurde. Er versprach, dass Mazedonien immer Mazedonien heißen würde, als wolle er Athen besonders ärgern, und startete daraufhin ein ehrgeiziges Bauprojekt, "Skopje 2014". Weite Teile der brutalistischen Architektur der Hauptstadt wurden abgerissen, um Platz für künstliche neoklassische Gebäude zu schaffen, und im Stadtzentrum wurde eine riesige Statue von Alexander dem Großen errichtet.

Aus der Sicht der NATO waren die "Bestrebungen" Mazedoniens jedoch "in Stein gemeißelt", als Skopje 1999 einen "Aktionsplan zur Mitgliedschaft" unterzeichnete. Die Popularität der VMRO-DPMNE und die Führung durch Gruevski waren daher für Washington höchst problematisch. Im Jahr nach der Wiedervereinigung Russlands mit der Krim im März 2014 wurden die Bemühungen der NATO um eine Ausweitung auf das "nahe Ausland" Moskaus beschleunigt. Wie aufs Stichwort begann der Vorsitzende der Oppositionspartei SDSM, **Zoran Zaev**, regelmäßig das abzuwerfen, was er und die einheimischen Medien als "Bomben" bezeichneten.

Dabei handelte es sich um hochgradig belastende Tonaufnahmen und abgehörte Privatgespräche zwischen prominenten lokalen Regierungsvertretern, Geschäftsleuten, Journalisten und Richtern. Angeblich illegal von Skopjes Geheimdiensten aufgezeichnet und Zaev von Informanten zur Verfügung gestellt, schienen sie Gruevski und seine Minister in grobes Fehlverhalten und Machtmissbrauch zu verwickeln. Der mazedonische Premierminister behauptete seinerseits, die SDSM versuche, ihn zur Abhaltung von vorgezogenen Neuwahlen zu erpressen, und drohte damit, schädliche Informationen zu veröffentlichen, die "mit Hilfe eines ausländischen Spionagedienstes gesammelt wurden".

Nur beratend

Daraufhin brach in Mazedonien eine politische Krise aus. Die EU und die USA schalteten sich ein und vermittelten eine Vereinbarung, nach der die SDSM die Minister für die Ministerien einer Übergangsregierung ernennen würde, Gruevski bis Januar 2016 zurücktreten und im Juni desselben Jahres Neuwahlen abgehalten werden würden. USAIDs Büro für Übergangsiniciativen (Office of Transition Initiatives, OTI), eine Komponente des Geheimdienstes, die sich mit dem "politischen Übergang" – also dem Regimewechsel – befasst, richtete daraufhin eine Niederlassung in Skopje ein.



25 Jahre USAID-Einmischung in Mazedonien werden gefeiert

OTI leitete daraufhin Dutzende von Millionen Dollar an regierungsfeindliche, pro-NATO-Gruppen, politische Parteien und NROs weiter. Insgesamt wurden 16,2 Millionen Dollar allein für die Sicherstellung des ungehinderten NATO-Beitritts Mazedoniens bereitgestellt. Auch die *Open Society Foundations* von **George Soros** wurden mit riesigen Summen bedacht, um Chaos zu stiften. Ein von USAID erstellter Abschlussbericht über diese Bemühungen brüstete sich damit, dass seine "Mazedonien-Unterstützungsinitiative" "das außenpolitische Ziel der US-Regierung, den demokratischen Reformprozess Mazedoniens zu stärken, der zu einer stärkeren euro-atlantischen Integration führt, gestärkt" habe.

Bei den anschließenden Wahlen verfehlte die SDSM jedoch den Sieg und war gezwungen, eine brüchige Koalitionsregierung zusammenzukratzen. Ungewöhnlicherweise unterstützten rund 70.000 Albaner in Mazedonien – ein erheblicher Anteil der Gesamtbevölkerung des Landes – Zaev, obwohl sie normalerweise für albanische Parteien stimmen würden. Sie hatten die SDSM zuvor nicht in nennenswerter Zahl unterstützt und tun dies auch jetzt nicht. Lokale Quellen haben diesem Journalisten berichtet, dass sie vermuten, dass die Botschaften der USA und Großbritanniens in Skopje

"mit Dorfältesten, Imamen und lokalen Mafia-Elementen zusammengearbeitet haben, um die Albaner dazu zu bringen, dieses eine Mal ihre Stimme abzugeben".

Trotz ihrer Anfälligkeit war die Koalitionsregierung der notwendige Durchbruch, um den Namensstreit in Skopje ein für alle Mal zu beenden. So trafen sich im Juni 2018 die griechischen und mazedonischen Außenminister am Prespasee und unterzeichneten ein historisches Abkommen. Nordmazedonien war geboren, und seine NATO-Mitgliedschaft stand unmittelbar bevor. Zumindest dachte das Bündnis das. Während das Parlament den Schritt absegnete, weigerte sich der Präsident der VMRO-DPMNE, **Gjorge Ivanov**, mit dem Hinweis, das Abkommen verstoße gegen die Verfassung von Skopje.

Die mazedonische Regierung geriet in Panik und beschloss, im September ein Referendum über die Namensänderung abzuhalten. In den dazwischen liegenden drei Monaten bombardierten die Behörden – unterstützt und finanziert von der EU und den USA – die Bürger mit geschickter Werbung und Propaganda, um ihnen die Vorteile eines NATO-Beitritts schmackhaft zu machen. Gleichzeitig kam es im ganzen Land zu großen Protesten unter dem Motto "Niemals Norden, immer Mazedonien". Ivanov und unzählige Plakate in den Großstädten forderten die Wähler auf, die Volksabstimmung zu boykottieren. Wie ein Verfassungswissenschaftler erklärte:

"Der Name eines Landes ist ein Name, der von den Menschen stammt, die dieses

Land geschaffen haben und darin leben. Der Staat, den das mazedonische Volk geschaffen hat, heißt Republik Mazedonien. Das mazedonische Volk wird sein Land niemals mit einem anderen Namen bezeichnen... Wir können niemals akzeptieren, etwas zu ändern, das wir seit Jahrhunderten benutzen, einen Namen, den dieser Staat seit mehr als 50 Jahren trägt."

Als die Ergebnisse des Referendums vorlagen, bejubelten die westlichen Staats- und Regierungschefs und Zaev die überwältigende Zahl von 94 %, die für die Umbenennung Mazedoniens stimmten. Sie vergaßen zu erwähnen, dass die Wahlbeteiligung nur 37 % betrug und das Ergebnis somit ungültig war. Nach der Verfassung von Skopje müssen 50 % der Bevölkerung für die Regierung stimmen, damit das Ergebnis eines Referendums anerkannt wird. Aber egal – Zaev hat einfach das Thema gewechselt und behauptet, das Plebiszit sei "nur konsultativ" gewesen. Die Namensänderung könnte und würde in jedem Fall durchgeführt werden.

Im Januar 2019 billigte das Parlament zweifelhafte und höchst umstrittene "Verfassungsreformen", die eine Umbenennung des Landes ohne eine öffentliche Abstimmung oder gar den Segen des Präsidenten ermöglichen. Dazu mussten zwei Drittel der Abgeordneten für die Änderungen gewonnen werden. Die von der SDSM geführte Koalition erreichte dieses Kunststück durch Bestechung, Einschüchterung und Erpressung von Abgeordneten, Begnadigung von Abgeordneten, die wegen schwerer Verbrechen angeklagt waren, und andere zynische Machenschaften. Spätere Ermittlungen ergaben, dass die Behörden während der Referendumskampagne "schwerwiegende Verstöße" gegen nationale Gesetze und internationale Normen begangen hatten.

Im darauf folgenden Monat akzeptierten die 29 NATO-Mitglieder den Beitritt Nordmazedoniens. Die Allianz begrüßte ihr neuestes Mitglied am 27. März 2020. Wie außergewöhnlich wäre es, wenn das Land als letztes Mitglied aufgenommen und als erstes wieder ausgeschlossen würde. Obwohl es lange vor den letzten Präsidentschaftswahlen eindeutige Anzeichen dafür gab, dass Skopje spürt, dass der geopolitische Wind nun in eine andere Richtung weht. Im November 2023 kündigten mazedonische Beamte an, ihren Luftraum für Russland zu öffnen, um Sergej Lawrow den Besuch eines OSZE-Ministertreffens vor Ort zu ermöglichen.

<https://www.kitklarenberg.com/p/how-nato-annexed-macedonia>

Kontakt

linkezeitung@gmail.com



Linke Zeitung

<https://linkezeitung.de/>

Powered by WordPress.com. von [WooThemes](https://WooThemes.com).